



# HESSISCHER LANDTAG

04. 12. 2012

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 sicherstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass mit der Änderung des Schulgesetzes künftig neben den kooperativen Gesamtschulen auch die Gymnasien zu G9 zurückkehren können. An den integrierten Gesamtschulen ist der Weg zum Abitur generell 9-jährig.
2. Der Landtag unterstützt, dass nach jahrelangem alleinigem Festhalten am G8 Eltern nun für ihre Kinder zum Schuljahr 2013/14 die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 haben sollen.
3. Über die Änderung des Schulgesetzes hinaus hält der Landtag weitere Aktivitäten der Landesregierung für notwendig, um tatsächlich eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 sicherzustellen. So sieht der Landtag beispielsweise mit Sorge, dass in einzelnen Schulträgerbezirken bislang alle Gymnasien erklärt haben, nicht zu G9 zurückkehren zu wollen. Der Landtag fürchtet, dass dies nicht dem Elternwillen entspricht und sich auch in diesen Bezirken viele Eltern ein G9-Angebot für ihre Kinder wünschen.
4. Auch die Ausgestaltung des Schulversuchs, mit dem G8 und G9 an einer Schule angeboten werden kann, hält der Landtag nicht für geeignet, um für die Eltern eine echte Wahlfreiheit sicherzustellen. Mit der Festlegung des Schulversuchs, dass in den Klassen 5 und 6 unabhängig vom Elternwunsch nach der G8-Studentenrat und den G8-Inhalten unterrichtet wird, inkl. des Beginns der zweiten Fremdsprache in Klasse 6, gibt es an diesen Schulen faktisch in den genannten Jahrgangsstufen keine Wahlfreiheit.
5. Der Landtag hält es daher für dringend erforderlich:
  - Dass unter Moderation des Kultusministeriums regionale Konferenzen in jedem Schulträgerbezirk durchgeführt werden, um den Elternwunsch nach G9 und die Zahl der Schulen mit G9 in Einklang zu bringen. Eine Situation, in der Kinder entgegen dem G9-Wunsch der Eltern zum kommenden Schuljahr zwangsweise in eine G8-Schule eingewiesen werden, kann so verhindert werden.
  - Dass die Bedingungen für den Schulversuch dergestalt verändert werden, dass er ein echter Schulversuch "flexible Schulzeit" ist. Die Schulen sollen ohne einschränkende Vorgaben des Kultusministeriums Konzepte für einen Parallelbetrieb von G8/G9 im Rahmen des Schulversuchs erproben können. Das kann beispielsweise eine G8-Turboklasse sein. Auch soll es möglich sein, ein Konzept für eine zeitlich flexible Oberstufe zu erarbeiten und in dem Schulversuch zu erproben.

Wiesbaden, 4. Dezember 2012

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**